

Dresdener Nachrichten

Geegründet 1856

Redaktions-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nummer: 22 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
Hauptredaktion in Dresden und Verleger des gesammelten Jahrganges sowie der einzelnen Lieferungen durch die Postanstalt: 8,00 M., monatlich 2,50 M.
Die einzelnen Blätter kosten 30 Pf. Mit Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen 40 Pf. und 50 Pf. Es wird für die Anzeigen ein besonderer Preis gegen Vorzahlung festgesetzt. Einzelne Blätter des Jahrganges 10 Pf.

Verantwortlich und Hauptgeschäftsführer:
Herrmann Müller.
Druck u. Verlag von Ullrich & Steinhilber in Dresden.
Postfach-Nummer 10 395 Leipzig.

Redaktion nur mit deutscher Correspondenz (Dresdener Red.) zulässig. — Unersuchtige Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Die Zerrüttung der Reichsfinanzen.

Die ungeheure Belastung der Reichsfinanzen

Berlin, 29. Okt. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung wurde beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung auf den ungeheuren Betrag hingewiesen, der für Abwicklung des alten Deeres geordert wird, nämlich nicht weniger als drei Milliarden Mark. Es wurde eine Zentralforderung des gesamten Abwicklungswesens empfohlen. Ferner wurden die großen Beiträge bewirkt, die für die Bilanz von Verträgen, die sich auf Kriegsmaterial beziehen, in Aussicht genommen worden sind. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß die Schaffung eines Reichsabwicklungswesens notwendig sei, daß mit einem Unterkomitee beauftragt werden solle. Die Regierung sei mit größter Energie bemüht, unbedingte Ansprüche zurückzuweisen. Der Personalbedarf und die Zahl der Abwicklungssachen werde im nächsten Jahre bereits eine erhebliche Verminderung zeigen. Eine Zentralforderung der Abwicklungssachen sei in Aussicht genommen.

Beim Etat der Reichsschuld wurde mitgeteilt, daß am 30. September 1919 die öffentliche Schuld 171,3 Milliarden betragen hat, darunter 80,4 als schwebende Schuld. Für den 1. April 1920 werde die Reichsschuld auf 204 Milliarden geschätzt, eine Differenz, die vermutlich von der wirklichen noch überstiegen werde. Hinzu treten noch die 100 Milliarden Kriegenschuldschuld, die schon bekannt sind, und die weiteren weiteren Milliarden, die der Reich bis zum 1. Mai 1921 bekanntgeben will. Wie diese Last getragen werden soll, wurde erklärt, wisse niemand.

Ein neuer Reichskredit.

Der der Nationalversammlung ausgearbeitete Reichsergänzungsetat für 1919 enthält einen neuen Kreditanspruch von 8,187 Milliarden Mark. Zahl aller Ministerien haben erhöhte Ausgaben. Aus der gesamten neuen Forderung ergibt sich, wie bereits gemeldet, ein Anleihebedarf von 40,6 Milliarden Mark. Davon sind auf gesetzlichem Wege bereits für 32,4 Milliarden Mark Anleihenemittierungen erteilt worden.

Erneute Verteuerung der Eisenbahnfahrten

München, 29. Okt. Eine weitere Erhöhung der deutschen Personenfahrpreise wird für Anfang Januar angekündigt. Die Verhandlungen zwischen den süddeutschen Verwaltungen und der preussischen Eisenbahnverwaltung sind bereits aufgenommen. Die letzte Erhöhung soll wieder zwischen 30 bis 50 Prozent betragen.

Verfallminderung in der Kohlenverorgung Süddeutschlands durch willkürliche Eingriffe der Entente

Es wird uns gemeldet, daß die Amerikaner bei Kohlen zwei Rheinschiffe mit Kohlen, welche für Mannheim bestimmt waren, kurzzeitig beschlagnahmt haben. Unter den heutigen Umständen bedeutet dieser Willkürakt einen schweren Schlag für die süddeutsche Kohlenversorgung, welche sich infolge der allgemeinen Transportverhältnisse im Niedrigstand befindet. Während es in der letzten Zeit nicht mehr möglich ist, bei dem Wasserstand des Rheins, welcher in diesem Jahr außergewöhnlich lange der denkbar schlechteste ist, die Versorgung Süddeutschlands in Bezug auf den Bedarf der Eisenbahnbahnen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und der wichtigsten Nahrungsmittelindustrie notwendig aufrecht zu erhalten, werden hier Rheinschiffe wegenommen, deren Verlust von den Verbrauchern, die auf sie rechneten, gewarnt haben, nicht verschmerzt werden kann. Diese Schiffe sind für Elektrizitätswerke und Zuckerraffinerien bestimmt. Ein Einbruch bei der Wasserstands-Kommission ist wie man hört, sofort ergangen, selbstverständlich wird das aber nicht den Erfolg haben, daß diese Schiffe ihrem früheren Bestimmungszweck wieder zugeführt werden. Es muß im Interesse der süddeutschen Staaten seitens der deutschen Regierung mit aller Energie dagegen aufgetreten werden. Daß durch derartige Eingriffe auch noch die schwachen Bestände der süddeutschen Kohlentransporte einigermaßen aufrecht zu erhalten, möglich ist.

Keine Einstellung der Lebensmittellieferungen.

Rotterdam, 29. Okt. Nach Londoner Blättern wurde im Unterhaus am 28. Oktober mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit Deutschland über neue Lebensmittellieferungen der Entente nach Deutschland bisher nicht abgebrochen worden sind.

Die Abtretung Danzigs.

Dem Magistrat von Danzig hat das Auswärtige Ministerium seine Auffassung über den Zeitpunkt der Abtretung mitgeteilt. Der Uebergang erfolgt erst dann, wenn sämtliche ökonomischen und politischen Hauptmächte die Ratifikationsurkunden niedergelegt haben. Es bleibt die Ratifikationsurkunden oder ihren Bevollmächtigten überlassen, für die Regierung in der Zeit bis zur Niederlegung der letzten Ratifikationsurkunde, also Aufhören der höchsten Staatshoheit und bis zur Begründung des Freistaates, zu sorgen. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, nimmt das Auswärtige Ministerium den Standpunkt ein, daß nach dem Friedensvertrage der Freistaat Danzig nur den Familien assoziierten Hauptmächten zur Gesamtheit ausgetreten werden kann und daß gegen eine etwa erfolgende Uebergabe vor der Ratifikation aller Hauptmächte die notwendigen Einreden erhoben könnten, die dem Frieden kurzzeit der Uebergabe noch nicht ausgemittelt hätten.

Wie die „Voll. Zeitung“ erzählt, trifft ein höherer Beamter des englischen Auswärtigen Amtes in Danzig ein, der als intermediärer Oberkommissar für den Freistaat Danzig, sobald dieser erklärt ist, tätig sein wird.

Die Auslieferungslisten des Verbandes.

Rotterdam, 29. Okt. Die „Times“ meldet aus Paris: Nach neuerlichen Berichten sollen auf der Auslieferungsliste, die von England, Frankreich und Belgien einereicht sind, mehr als 6000 Namen von Deutschen, Oesterreichern und Bulgaren stehen.

Amsterdam, 29. Okt. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß der Minister Van der Smissen in einem dort stattgehabten Ministerrat die Meldung, daß Belgien die Auslieferung von 1153 Deutschen fordern wird, bekräftigt hat.

Die Auslieferung verkaufter deutscher Handelschiffe.

Laus, 29. Okt. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß der Minister Van der Smissen in einem dort stattgehabten Ministerrat die Meldung, daß Belgien die Auslieferung von 1153 Deutschen fordern wird, bekräftigt hat.

„Deutschland über alles“ in Lothringen.

Karlsruhe, 29. Okt. Die „Lothringische Volkszeitung“ schreibt: Die französische Regierung unternimmt ernsthafte Schritte, um die Herausforderung durch deutsche und deutschgesinnte Elemente an der Wurzel zu fassen. In der Gegend von Diebelsheim war in den letzten Tagen häufig in der Öffentlichkeit der Befehl: „Deutschland, Deutschland über alles“ zu hören. Personen, die sich der französischen Sprache bedienen, wurden vielfach beschimpft. Die französische Gendarmerie hat mehrere hundert Verhaftungen von Deutschen vorgenommen. Die Arrestanten wurden in Autos nach Metz gebracht und mußten die Nacht auf der Zitadelle zubringen.

Belgische Vertreter in Berlin.

Amsterdam, 29. Okt. Die „Telegraaf“ aus Brüssel meldet, wird wahrscheinlich Graf Dele Straffe de Leverghem der erste diplomatische Vertreter Belgiens in Berlin sein. Von der Haltung der anderen Alliierten wird es abhängen, ob er sofort als Gesandter oder als Weisheitsdräger auftreten wird. (W. L. B.)

Die Entente-Kommission für das Baltikum.

Genf, 29. Okt. Das Pariser „Journal“ meldet, daß am Freitag die Entente-Kommission für das Baltikum Paris verlassen hat.

Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ aus Zürich meldet, wird sich die Kommission zur Klärung der baltischen Provinzen vorübergehend in Berlin aufhalten, um dort Einsicht in die offiziellen Dokumente über die von der deutschen Regierung an den General v. d. Goltz und die deutschen Truppen erlassenen Befehle zu nehmen.

Amsterdam, 29. Okt. Laut Pressebureau Radio entwickelt sich die Offensive Denikins auf der ganzen Linie in Richtung Komuln. Es wurden starke Kräfte des Heeres vernichtet und zahlreiche Gefangene gemacht. Denikin macht auch in Gegend Boronezh, Riew und Wolsk Fortschritte. Petljuras Stab in von Panik ergriffen geflohen.

Englisch-russischer Gefangenenaustausch.

Amsterdam, 29. Okt. „Telegraaf“ meldet aus London: Der britische Unterstaatssekretär des Auswärtigen teilte im Unterhaus mit, daß demnach vermutlich in Dänemark eine Zusammenkunft von Vertretern Englands und Sowjetrusslands stattgefunden wird, in der über den Gefangenenaustausch verhandelt werden soll. Die britische Regierung hat die holländische Regierung drängt, davon in Kenntnis gesetzt, daß Lenin, Trotzki und andere Bolschewikenführer für die Behandlung der britischen Kriegsgefangenen verantwortlich gemacht werden müssen.

Eine englische Stimme gegen die Blockade.

Berlin, 29. Okt. Im Verlage des Londoner National-Versprechers Dr. veröffentlichen v. a. Müller ein Buch voll erschütternder Berichte über das Familienleben in Deutschland während der Blockade, zu dem Bernhard Shaw ein Vorwort geschrieben hat, in dem es u. a. heißt: Wir leben gegenwärtig in einem höchstgefühl nationalen Jubel über den gewaltigen militärischen Triumph in der langen Geschichte unserer Siege. Wir sind das höchste der Reiche. Ein solches Friedensgespräch und solche Kriegstrophäen sind nicht gesehen worden seit Menschen leben. Wir haben eine mächtige Hand über die — und angenommen —urchbarste Macht der Welt hingestreckt, bis sie halbtot an unseren Füßen lag und für Leben unter Jünglingshänden erkaufte. Ich schändlich, daß die großmütigen Seelen unter uns sich schämen müssen, sie erprobt zu haben. Aber die Dämonen des Endes sollte uns lieber nicht blind machen für die Schrecklichkeit der Mittel, die das Werk unserer Hände waren. Um diesen Krieg zu gewinnen, hungerten wir Deutschlands und anderer Länder Kinder aus, und nun, da wir unsere Feinde durch solche Mittel geschlagen haben — sind wir nicht müde, nicht allein niederzuwerfen, sondern auszurotten? ... Die militärische Notwendigkeit der Auswüchse ist vorüber. Es ist jetzt nicht nur eine nichtwürdige Sache, sondern ein selbstmörderischer Mißgriff. Auch ist sie ein gefährlicher Präzedenzfall.

Die Ostpolitik Deutschlands.

Eine Unterredung mit dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen Herrmann Müller.

Berlin, 29. Okt. Der Reichsminister des Auswärtigen Herrmann Müller empfing den Oberleutnant des „Ostwest-Telegraph“ zu einer längeren Unterredung. In dieser Unterredung erließ er über den gesamten Komplex der deutschen Ostpolitik folgende Äußerungen. Wie oben aus der Unterredung folgende Gedankenansätze, die von einer gewissen Anzahl der politischen Ausschüsse zugehen, wieder:

Mit der Ratifikation des Friedens von Versailles, wird die Welt formal wieder in den Frieden eingetreten; in der Wirklichkeit trägt das Weltbild noch so unverkennbare Spuren des Krieges, daß man der Erzeugung des Friedens kaum froh werden kann. Ich will davon absehen, daß die Bestimmungen des Friedens selbst in vielen Punkten nur eine vertraglich geregelte Kriegsführung gegen Deutschland darstellen; dies müssen wir als gewollte Ungünstigkeit des Besiegten anerkennen. Inwiefern die Bestimmungen des Friedens selbst in vielen Punkten nur eine vertraglich geregelte Kriegsführung gegen Deutschland darstellen; dies müssen wir als gewollte Ungünstigkeit des Besiegten anerkennen. Inwiefern die Bestimmungen des Friedens selbst in vielen Punkten nur eine vertraglich geregelte Kriegsführung gegen Deutschland darstellen; dies müssen wir als gewollte Ungünstigkeit des Besiegten anerkennen.

Wenn die russische Politik der Entente nicht wieder unabsehbare Verwirrungen über Osteuropa bringt, so hätten wir Anlaß zu hoffen, daß die Beziehungen Deutschlands zu den neuen Staaten, die in der letzten Epoche des Krieges zu feindlichen Gegnern auf Deutschland getreten sind, sich langsam bessern und sich Bedürfnisse des Friedens angleichen. Ich denke vor allem an Polen und die tschechoslowakische Republik, die ja unsere größten unmittelbaren Nachbarn im Osten sind. Mit Polen haben wir den ersten Staatsvertrag abgeschlossen der gelangt ist, den Krieg moralisch abzuwehren. (2) Wir sind bereit, auf diesem Wege fortzuführen und ihn abzugeben. Verträge zum Aufbau des künftigen Verhältnisses mit Polen zu schließen. Am besten erkläre es mir, wenn man damit beginnen würde, das große Gebiet der Wirtschaft zwischen Polen und Deutschland zu regeln. Denn hier liegen gegenseitige Interessen vor, denen man sich realpolitischen Voraussetzungen gerecht werden kann. — Es ist in Deutschland mit Besorgnis vermerkt worden, daß aus einer Rede, die kürzlich der Minister des Auswärtigen der tschechoslowakischen Republik, Herr Benes, gehalten hat, eine solche fruchtbare Voraussetzung der Zukunft herauszulesen war. In der Tat liegen die Beziehungen Deutschlands zu dem böhmischen Staate ganz ähnlich wie die zu Polen.

Während diese beiden Staaten, obwohl sie uns feindlich gegenüberstanden, das Recht bekamen, mit Deutschland denjenigen Verkehr zu pflegen, den sie für wünschenswert halten, ist die deutsch-tschechische Republik durch die Entente gehindert worden, dem großen nationalen Zuge zu folgen, der das deutsch-tschechische Volk nach dem Zusammenbruch der Monarchie erfaßte und der zur Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche drängte. Dieses naturwidrige Verbot ist ein Teil der Stücke des Versailles-Vertrages, das nach meiner feinen Überzeugung durch die Zeit und die bessere Einsicht auch der feindlichen Regierungen einer Revision verfallen wird.

Die in unserem Verhältnis zu Ostösterreich so bedenkliche Frage der Donau-Österreich führt uns schließlich in den Reich des ehemaligen Königreiches Ungarn. Auch dort hat die Entente eine schwere Schuld auf sich geladen, als sie durch allzu lange Verhinderung der Entscheidung über die Ansprüche der künftigen und sich freitenden Erben den wünschenden Zusammenbruch des ungarischen Staates verzögerte. Das Ungarn durch die Räte-Republik hindern zu wollen, verwarf es nur den Wap-